

Ein Kabel mit tieferer

Gestattungsvertrag entfacht im Stadtparlament eine Ge

Bad Orb (in). Eigentlich geht es nur um ein Kabel – doch an dessen Ende hängt ein energiepolitischer Zankapfel: die geplante Windkraftanlage Flörsbachtal/Roßkopf. Und so entwickelte sich die Beratung über den Gestattungsvertrag im Bad Orber Stadtparlament zu einer Generaldebatte über die Nutzung der Windenergie – mit all den Emotionen, die angesichts der Thematik freigesetzt werden. Zu einem Ergebnis kam das Stadtparlament nicht: Mit den Stimmen von FBO und SPD wandert die Frage, ob die Versorgungsservice GmbH des Main-Kinzig-Kreises das Kabel für die Anbindung des Windparks an das Umspannwerk „Eiserne Hand“ über die Bad Orber Gemarkung verlegen darf, zur weiteren Beratung in den Ausschuss.

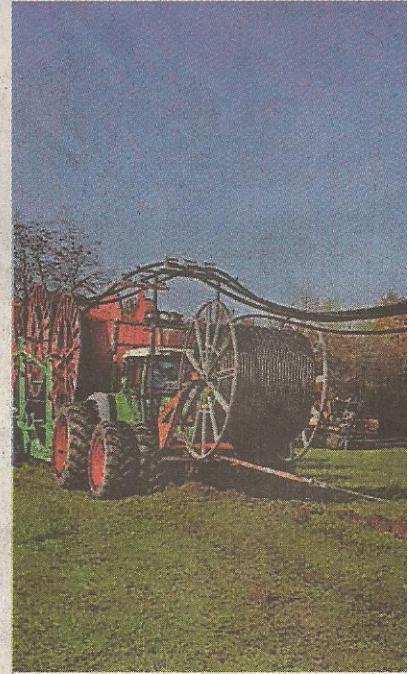
Gegen den Gestattungsvertrag sprach sich FWG-Fraktionssprecher Thorsten Stock aus. Da nützen seiner Ansicht nach auch die „paar Euro“ nichts, die die Stadt für die 28-jährige Gestattung erhält. Ganz anders positionierte sich die SPD. Fraktionsvorsitzender Winfried Krämer: „Wir sind grundsätzlich dafür, das zu genehmigen.“ Wie schon bei der Verabschiedung der Resolution gegen die Windkraftnutzung im Spessart machte Krämer deutlich, dass sich die SPD nicht in der Rolle sehe, benachbarten Kommunen vorzuschreiben, wie sie sich in der Windkraftfrage positionieren. Damit hob Krämer auf Jossgrund und Flörsbachtal ab, die sich für den Bau der Anlagen ausgesprochen haben. Das Kabel an sich sei, wie Krämer einräumte, kein großes Problem – dieses Vorhaben stelle keinen großen Eingriff in die Natur dar. Obendrein habe ein Nein des Parlaments keinesfalls Auswirkungen auf die Windkraft-Plä-

ne des Projektierers Juwi und der kreiseigenen Gesellschaft. „Wenn wir nicht zustimmen, dann wird das Kabel eben woanders verlegt“, sagte Krämer und machte deutlich, dass es kein großes Problem wäre, die Bad Orber Gemarkung zu umgehen. Krämer: „Ein Nein wird nichts verhindern.“ Die SPD plädierte dafür, den Vertragsentwurf im Ausschuss intensiver zu beraten und den Geschäftsführer der Naturenergie GmbH, Oliver Habekost, dazu einzuladen. In Verhandlungen könne man vielleicht erreichen, dass auf mögliche Anlagen in der Nähe von Bad Orb verzichtet wird, wenn die Stadt das Verlegen des Kabels genehmigt.

Bernhard Acker (CDU) verwies auf die Resolution gegen die Windkraftnutzung im Spessart, die das Parlament im Oktober verabschiedet hat, und begründete die Ablehnung der CDU mit einer konsequenten Haltung: „Es muss klar sein, dass nein nein heißt“. Darüber hinaus enthalte der Vertrag nur Nachteile. Beispielsweise sei im Text auch festgehalten, dass die Stadt alles zu unterlassen habe, was die Erschließung von Windkraftanlagen beeinträchtigt. Dabei sei das Geld sicher kein Argument, dem Vertrag zuzustimmen.

Diener spricht mit Blick auf die CDU von „postengeilen Typen“

Ralf Diener, der Fraktionssprecher der FBO, warf Teilen der CDU anschließend am Rednerpult Doppelzüngigkeit vor. Die Positionen seines Vorredners Acker und des Windkraftgegners Heinz-Josef Prehler seien zwar über jeden Zweifel erhaben, doch machte Diener auch „postengeile Typen“ aus, die in ihrer Ablehnung nicht glaubwürdig seien. Das Stichwort



Heutzutage werden Kabel – wie dieses

„postengeil“ rief sofort den CDU-Fraktionsvorsitzenden Michael Kertel auf den Plan, der darin eine Beleidigung sah und Stadtverordnetenvorsteher Heinz Grüll dazu aufforderte, Diener zu rügen. Grüll empfahl Kertel zunächst, „den Mann reden zu lassen“, und zog sich anschließend darauf zurück, „nichts gehört“ zu haben. Diener zitierte in der Folge aus einem (nicht unterzeichneten) Entwurf eines Koalitionsvertrags zwischen SPD und CDU auf Kreisebene, in dem die Rede davon sei, dass bereits begonnene Windkraftprojekte, wie das in Flörsbachtal, zu Ende gebracht werden sollen. Dabei handele es sich um einen Entwurf, den die CDU unterschrieben hätte, unterstellte Diener, und sagte: „Wir werden hier nicht stumpf und stur darüber hinwegsehen, was Sie im Kreis tun.“ Und weiter in Richtung CDU: „Hoffentlich steht die Partei,

GNZ
17.03.2017
533

it tieferer Bedeutung

dtparlament eine Generaldebatte zum Thema Windkraft



Heutzutage werden Kabel – wie dieses Bild zeigt – ohne großen Aufwand eingepflügt.

FOTO: DPA

„postengeil“ rief sofort den CDU-Fraktionsvorsitzenden Michael Kertel auf den Plan, der darin eine Beleidigung sah und Stadtverordnetenvorsteher Heinz Grill dazu aufforderte, Diener zu rügen. Grill empfahl Kertel zunächst, „den Mann reden zu lassen“, und zog sich anschließend darauf zurück, „nichts gehört“ zu haben. Diener zitierte in der Folge aus einem (nicht unterzeichneten) Entwurf eines Koalitionsvertrags zwischen SPD und CDU auf Kreisebene, in dem die Rede davon sei, dass bereits begonnene Windkraftprojekte, wie das in Flörsbachtal, zu Ende gebracht werden sollen. Dabei handele es sich um einen Entwurf, den die CDU unterschrieben hätte, unterstellte Diener, und sagte: „Wir werden hier nicht stumpf und stur darüber hinwegsehen, was Sie im Kreis tun.“ Und weiter in Richtung CDU: „Hoffentlich steht die Partei,

die bei der Kommunalwahl 20 Prozent verloren hat, nicht bald noch am Futtertrog.“

Tobias Weisbecker (CDU) nannte Dieners Ausführungen eine „Lehrstunde übelster Parteipolitik“. Dabei wolle die FBO lediglich vertuschen, dass sie in der Ablehnung der Windkraft „eingeknickt“ sei. Mit Blick auf den Gestattungsvertrag sagte Weisbecker: „Wir stimmen nicht zu. Und Sie sind umgefallen.“ Und weiter: „Wir lassen uns für lächerliche 9100 Euro unsere Grundsätze nicht abkaufen.“ Von einer postengeilen CDU zu sprechen, sei zu dick aufgetragen, sagte Weisbecker und warf im Gegenzug der FBO vor, zu Beginn der Legislaturperiode alle Posten besetzt zu haben. Von seinem einlenkenden Vorschlag, dann doch im Ausschuss zu einer einhelligen Entscheidung zu kommen, musste Weisbecker allerdings nach einer

von der CDU beantragten Sitzungsunterbrechung wieder abrücken.

Heidrun Gotz (FBO) wies anschließend mit Nachdruck zurück, dass die FBO umgefallen sei. Sie sagte: „Ich war fest der Meinung, dass wir dagegen stimmen.“

Michael Heim (FWG) informierte das Parlament darüber, dass er entsetzt darüber sei, wie es möglich ist, so miteinander umzugehen – und meinte damit wohl die Äußerungen von Ralf Diener. Er sprach sich dafür aus, nicht im Ausschuss zu beraten, sondern sofort abzustimmen, was FWG-Fraktionsvorsitzender Thorsten Stock noch einmal mit folgenden Worten bekräftigte: „Wir haben den Arsch in der Hose und sagen nein.“ Doch dazu hatten weder CDU noch FWG Gelegenheit, denn die Mehrheit überwies das Thema zur weiteren Beratung in den Ausschuss.